



01.04.2022

Transkript

„Ernährungssicherheit in Kriegszeiten: Welchen Beitrag können Deutschland und die EU leisten?“

Experten auf dem Podium

- ▶ **Dr. Benjamin Bodirsky**
Senior Scientist in der Arbeitsgruppe Landnutzung und Resilienz, Department Klimaresilienz, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
- ▶ **Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel**
Professor für Agrarpolitik, Department für Agrarökonomie und RURale Entwicklung, Georg-August-Universität Göttingen
- ▶ **Prof. Dr. Sebastian Lakner**
Professor für Agrarökonomie, Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät, Universität Rostock
- ▶ **Iris Proff**
Redakteurin für Klima und Umwelt, Science Media Center Germany, und Moderatorin dieser Veranstaltung

Mitschnitt

- ▶ Einen Videomitschnitt finden Sie unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Yh1z0w2-49I>
- ▶ Falls Sie eine Audiodatei benötigen, können Sie sich an redaktion@sciencemediacenter.de wenden.



Transkript

Moderatorin: (00:00)

Herzlich willkommen! Schön, dass Sie alle da sind. Sie sind beim Press Briefing des Science Media Center. Heute beschäftigen wir uns mit einem sehr ernstem Thema, nämlich der Ernährungssicherheit in Kriegszeiten. Wir wollen die Frage diskutieren: Welchen Beitrag können Deutschland und die EU jetzt leisten? Der Krieg in der Ukraine bedroht die Ernährungssicherheit in vielen Regionen, vor allem diese, wo Menschen ohnehin schon von Hunger betroffen sind, durch Dürren oder durch andere Konflikte und wo viele Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. Grund dafür ist, dass Russland und die Ukraine in Friedenszeiten sehr große Mengen an Getreide und Ölsaaten exportieren und da auf dem Weltmarkt eine wichtige Rolle einnehmen. In der EU merken wir auch – und werden wir in nächster Zeit auch noch mehr merken – dass Preise für Lebensmittel steigen, vor allem für Tierfutter und Düngemittel, neben den steigenden Energiepreisen. Allerdings ist ganz klar: Die Lebensmittelversorgung in der EU ist gesichert. Das liegt unter anderem daran, dass wir in der EU beim Getreide zum Beispiel mehr als unseren Bedarf an Getreide produzieren. Die Frage ist jetzt also: Was können oder was sollten wir tun, hier in der EU, um einer möglicherweise aufziehenden globalen Hungerkatastrophe entgegenzuwirken? Darauf gibt es sehr verschiedene Antworten. Die Stoßrichtung der EU ist im Moment eher, die Landwirtschaft zu intensivieren und so viel zu produzieren wie nur möglich, kurzfristig auch auf Kosten des Klima- und Umweltschutzes. Ganz konkret wurden letzte Woche einige Maßnahmen der Farm-to-Fork-Strategie ausgesetzt. Zum Beispiel dürfen auf Brachflächen, die eigentlich als ökologische Ausgleichsflächen für die Biodiversität gedacht sind, jetzt Futtermittel angebaut werden und Nahrungsmittel angebaut werden. Und die Pestizid-Verordnung, das ist ein sehr wichtiger Bestandteil dieser Farm-to-Fork-Strategie, wurde erstmal auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Aus der Forschung gibt es eine andere Antwort auf die Frage. Es sind in den letzten Wochen, einmal vor zwei Wochen und einmal heute Morgen, zwei Stellungnahmen erschienen von einer Reihe von Forschenden, die sagen: Der Krieg zeigt uns, dass wir gerade jetzt eine Transformation hin zu nachhaltiger Landwirtschaft brauchen. Sie fordern weniger Produktion und Konsum von tierischen Produkten, weniger Biokraftstoffe, weniger Lebensmittelverschwendung und den Anbau von Eiweißpflanzen. Auch unsere Entwicklungsministerin Svenja Schulze hat diese Woche die Bürger:innen aufgefordert, weniger Fleisch zu essen, damit, so die Argumentation, mehr Getreide für hungernde Menschen in den betroffenen Regionen übrig bleibt. Wir wollen jetzt hier heute in diesem Press Briefing diskutieren: Welche von diesen verschiedenen Maßnahmen sind wirklich sinnvoll, um eine Hungerkatastrophe abzuwenden? Und in welcher Größenordnung liegt jeweils das Potenzial, was sie haben? Und schließlich: Müssen oder dürfen wir den Klimaschutz in dieser Situation aufschieben angesichts des Krieges?

Ein paar Hinweise noch an die Journalist:innen: Ihre Fragen, die Sie hoffentlich zahlreich mitgebracht haben, können Sie gerne unten im F&A-Tool stellen. Bitte nicht in den Chat, sondern in den Frage-und-Antwort-Bereich. Ein Transkript und eine Videoaufzeichnung von dieser Diskussionsrunde finden Sie heute noch auf unserer Webseite. Okay, damit möchte ich einmal unsere drei Experten hier vorstellen. Wir haben Herrn Dr. Benjamin Budirsky. Er ist Senior Scientist in der Arbeitsgruppe Landnutzung und Resilienz am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und war an beiden Briefen oder Stellungnahmen an die Politik beteiligt, die ich eben angesprochen habe. Aktuell ist er am World Vegetable Center in Taiwan für einige Monate. Und ich freue mich, dass Sie auch aus Taiwan zugeschaltet haben. Der Zweite im Bunde ist Professor Dr. Stephan von Cramon-Taubadel. Er ist Professor für Agrarpolitik an der Georg-August-Universität in Göttingen und war viele Jahre auch in der Ukraine als Politikberater tätig und kennt sich dementsprechend mit den dortigen Agrarmärkten besonders gut aus. Und als drittes haben wir Professor Dr. Sebastian Lakner. Er ist Professor für Agrarökonomie an der Universität Rostock und sein Fachgebiet ist die Nachhaltigkeit von Landnutzung in all ihren Facetten. Schön, dass Sie da sind.



Dann die erste Frage an Herr von Cramon. Können Sie uns eine kleine Bestandsaufnahme von der Situation gerade geben? Wie ist die Lage aktuell auf dem internationalen Agrarmarkt? Normalerweise, in Friedenszeiten, exportieren die Ukraine und Russland knapp 100 Millionen Tonnen Getreide. Können wir schon abschätzen, wie viel von diesem Getreide wegfällt durch den Krieg?

Stephan von Cramon-Taubadel: (04:56)

Vorsichtig können wir das abschätzen, aber es ist mit sehr viel Unsicherheit verbunden, weil wir wissen natürlich nicht im Detail, wie dieser Konflikt weitergeht und welche Folgen er ganz genau haben wird. Dieses Jahr, das heißt Getreide, das eigentlich letztes Jahr geerntet wurde und was jetzt noch vermarktet wird: Da sind vielleicht zehn Millionen Tonnen, die normalerweise noch aus der Ukraine fließen würden oder zum Teil auch aus Russland, die aber jetzt aufgrund der Kriegshandlungen, aufgrund der Invasion, nicht rausfließen oder vielleicht verzögert und so weiter. Das größere Problem kommt mit der Ernte, die eigentlich jetzt im Juni, Juli, August laufen müsste in der Schwarzmeerregion, weil da werden größere Flächen in der Ukraine ausfallen und da gibt es Schätzungen, dass 35 Millionen Tonnen, 40 Millionen Tonnen fehlen könnten. Und das sind sieben bis acht Prozent der Getreidehandelsmenge, die es im Jahr etwa gibt.

Moderatorin: (05:51)

Das war jetzt die Situation in der Ukraine. Was ist mit Russland?

Stephan von Cramon-Taubadel: (05:55)

Mit Russland, da ist nicht davon auszugehen, dass die Produktion sehr stark beeinflusst wird. Das könnte eher mittelfristig dann kommen, zum Beispiel nächstes Jahr, weil aufgrund der Sanktionen werden vielleicht Ersatzteile für Landmaschinen fehlen und so weiter. Aber die Flächen sind bestellt, die werden vermutlich dieses Jahr größtenteils geerntet. Die Verzögerungen werden aber kommen. Aufgrund der Sanktionen darf man natürlich nicht über bestimmte Banken handeln. Oder jetzt zum Beispiel: Der Abfluss von Getreide über das Schwarze Meer ist momentan sehr schwierig aufgrund der Kriegshandlungen. Manche Häfen auch in Russland, die am Asowschen Meer, sind momentan nicht wirklich zugänglich. Und für den Händler ist das Problem: Ich muss jetzt nicht Shift da irgendwo hinbekommen. Es gibt auch Häfen am Schwarzen Meer, die noch zugänglich sind. Aber zum Beispiel das Schiff zu versichern, das ist nicht einfach momentan, weil welches Versicherungsunternehmen ist jetzt da... Das sind alles dann Kostenzuschläge, Risikozuschläge, Verzögerungen, Umlenkungen von Handelsströmen, die passieren. Und die normalen Flüsse, die wir erwartet hätten – dass jetzt Schiffe relativ ruhig und schnell aus dem Schwarzen Meer zum Beispiel nach Ägypten gehen können – das ist alles jetzt unterbrochen, wird dadurch teurer, wird dadurch verzögert.

Moderatorin: (07:04)

Und würden Sie sagen, dass durch die die ausfallenden Mengen – Sie haben eine Größenordnung von 40 Millionen Tonnen aus der Ukraine genannt, die fehlen könnten – plus die ganzen Unsicherheiten und Verzögerungen: Rennen wir damit in eine globale Hungerkatastrophe? Also, wie ernst ist die Lage gerade tatsächlich?

Stephan von Cramon-Taubadel: (07:21)

Die Lage ist sehr ernst, weil es Länder gibt, die auf Getreideimporte angewiesen sind. Und für diese Länder sind jetzt die Quellen... Vielleicht, wenn Sie jetzt schon Verträge mit der Ukraine hatten,



diese Verträge werden vermutlich nicht erfüllt werden können, zumindest kurz- und mittelfristig nicht. Und selbst wenn Sie jetzt nicht direkt von ukrainischen oder russischen Importen abhängig sind, viele Entwicklungsländer in Afrika und Südostasien, die vielleicht aus Amerika oder woanders importieren. Die Preise sind gestiegen. Das sind ja sozusagen kommunizierende Röhren. Es ist jetzt nicht nur ukrainisches Getreide, was plötzlich teurer geworden ist, sondern der gesamte Weltmarktpreis. Alle Länder, die auf Importe angewiesen sind, sehen sich jetzt plötzlich mit Rechnungen für ihre Importe konfrontiert, die 50, 60, 70 Prozent höher sind als letztes Jahr. (08:10) [0.0s]

Moderatorin: (08:11)

Können Sie das Konzept der kommunizierenden Röhren – das ist ja ganz wichtig in der Diskussion – können Sie ganz kurz erklären, was Sie damit meinen?

Stephan von Cramon-Taubadel: (08:19)

Das heißt, wenn Ägypten jetzt zum Beispiel in der Vergangenheit besonders viel aus Russland und der Ukraine importiert hat, aber die ukrainischen Mengen jetzt fehlen, dann werden die Ägypter natürlich woanders hingehen. Und das heißt, die Ägypter, wenn ich das richtig gehört habe vor ein paar Tagen, die verhandeln momentan mit Indien über Weizenimporte. Und das heißt, dass vielleicht andere Länder, die Indien sonst vielleicht beliefert hätte oder so ... oder dass die Knappheiten in Indien etwas zunehmen, also das Preisniveau wird dadurch überall angehoben.

Moderatorin: (08:48)

Okay, dankeschön. Und vielleicht noch eine Frage, die für unsere weitere Diskussion jetzt auch wichtig ist: Kann man schon abschätzen, wie lange das Problem anhalten wird oder wie lange die Auswirkungen spürbar sein werden?

Stephan von Cramon-Taubadel: (08:59)

Das ist sehr schwierig, weil es hängt wirklich jetzt vom weiteren Verlauf des Konflikts ab. Die Ukraine wird dieses Jahr die ganzen Sommerfrüchte, die eigentlich jetzt in den Boden kommen müssten, das ist Mais, das sind Sonnenblumen, die werden höchstens unter sehr erschwerten Bedingungen und zu reduzierten Mengen gepflanzt werden können. Wenn der Konflikt sich irgendwie beruhigt hat und nächstes Jahr im Herbst kann wieder Winterweizen vernünftig gedreht werden, gesät werden und nächstes Jahr im Frühling kann dann wieder ... dann haben wir vielleicht nach zwei, drei Jahren ... und Infrastruktur wieder repariert, die Häfen, die kaputt sind und so weiter, dann sind wir vielleicht in zwei, drei Jahren wieder mehr oder weniger auf null zurück. Aber das ist extrem schwer zu prognostizieren.

Moderatorin: (09:41)

Okay, dankeschön. Dann an Sebastian Lakner: Die EU-Kommission hat ja, wie ich eben schon erwähnt habe, in der vergangenen Woche einige Schritte angekündigt, um die Produktion hochzufahren in der EU, vor allem von Tierfutter. Halten Sie diese Schritte für zielführend in der aktuellen Situation?

Sebastian Lakner: (10:00)



Ja, vielen Dank. Man muss ja immer gucken, wenn die EU so was entscheidet, dann entscheidet sie natürlich aufgrund von wirklich extrem heterogenen Interessen innerhalb der Europäischen Union. Vielleicht erklärt das auch, warum aus meiner Perspektive diese Kommunikation der EU-Kommission und auch das Aussetzen einiger Debatten um die Farm-to-Fork-Strategie wenig zielführend sind. Vielleicht muss man hier erst mal unterscheiden zwischen einer kurzfristigen Reaktion, die vielleicht sogar dieses Jahr noch eine gewisse Wirkung erzielt. Die Politik reagiert, versucht in irgendeiner Form, Märkte so umzuorganisieren, dass wir Effekte dieser drohenden Hungerkatastrophe etwas abmildern können. Das ist das eine, und das andere ist natürlich: Inwieweit trifft man Maßnahmen, die vielleicht perspektivisch zumindest 2023 und 2024 auch einen gewissen Effekt erzielen? Es ist natürlich leichter, über solche Maßnahmen nachzudenken, weil man da einen gewissen Vorlauf hat, während das Problem war wirklich, dass dieser Krieg justament in dem Moment ausgebrochen ist, wo man hier ja so gut wie gar keine Produktionsentscheidungen in Deutschland zumindest mehr treffen konnte, das war extrem limitiert, und das spiegelt sich natürlich wider. Ich meine, ich glaube grundsätzlich, es stehen in der Kommunikation aus meiner Sicht viel zu viele Dinge drin, die ja entweder überhaupt nichts kurzfristig beitragen oder aber auch tatsächlich falsche Anreize. Also so ein Satz, dass teure Futtermittel eine der Hauptherausforderungen der aktuellen Situation sind, ist natürlich so ein bisschen absurd, weil, wenn wir uns die Kostenstruktur auch der Betriebe angucken, dann werden selbst Schweinehalter vermutlich dieses Jahr zwar hohe Futterkosten haben, aber (die) Fleischpreise werden sich dementsprechend auch anpassen können. Das heißt, ich weiß gar nicht so sehr, ob das wirklich das Hauptproblem ist.

Aus meiner Sicht ist das Hauptproblem, dass Menschen von den Importen aus der Ukraine und Russland abhängig sind. Und darüber müssen wir uns Gedanken machen, vor allem auf kurze Sicht. Und die Farm-to-Fork-Strategie ist ein Strategiepapier. Die Branchen, die Sie genannt haben, sind übrigens nicht Bestandteil ... Farm-to-Fork ist eine Strategie, die wahrscheinlich nächstes Jahr beschlossen worden wäre und dann 2025/2026 in Kraft getreten wäre. Wenn ich aktuell ein Problem adressieren will, dann nützt mir das für die Erntesituation Juli/August überhaupt nichts. Und das ist etwas, wo ich auch sagen muss, da verstehe ich einige Akteure auf dem Brüsseler Parkett nicht ganz. Natürlich gibt es viele Elemente der Farm-to-Fork-Strategie, die extrem ineffizient sind. Es ist wirklich die Frage, ob wir diese Wachstumsziele im Ökolandbau brauchen. Ich finde den Ökolandbau ein gutes System, das kann weiter marktbasiert wachsen. Aber ich habe schon länger extreme Zweifel, ob das wirklich hilft. Nur wenn ich das jetzt aussetze, ist das kein Lösungsbeitrag für dieses Jahr.

Moderatorin: (13:15)

Weil diese Maßnahmen zu langfristig sind?

Sebastian Lakner: (13:17)

Ja, weil das ein langfristig angelegter Strategieprozess ist. Das kommt natürlich aus der Ecke, dass viele Landwirte frustriert sind, weil das eben Maßnahmen sind, erstens weil die sie in der Produktion schon einschränken, und sie sind eben nicht perfekt, treffsicher und effizient. Und darüber kann man diskutieren, aber nicht im Kontext der Ukraine-Krise, sondern darüber sollten wir diskutieren. Aber wir müssen daneben überlegen: Wie können wir kurzfristig auf dieses, ja, kriegsgetriebene Geschehen reagieren?

Moderatorin: (13:48)

Vielen Dank, Herr Lakner. Dann Herr Bodirsky, Sie waren ja, wie ich schon erwähnt habe, an beiden Stellungnahmen beteiligt, die jetzt aus der Forschung Richtung EU und Richtung Bundesregierung kamen. Die eine Stellungnahme wurde auch heute erst veröffentlicht. Sie haben eben gesagt, Sie



können vielleicht schon mal den Link dazu in den Chat posten. Das wäre vielleicht interessant für unsere Kollegen und Kolleginnen hier. Und meine Frage an Sie ist dann: Eine zentrale Forderung, die jetzt gerade in dieser zweiten Stellungnahme von Ihnen kommt, bezieht sich auf die Produktion und den Konsum von tierischen Produkten in Deutschland. Sie sagen, das sollten wir reduzieren und Sie schlagen auch da ganz konkrete Maßnahmen vor, das kurzfristig, um auf Herrn Lakners Punkte einzugehen, umsetzen zu können. Können Sie einmal die Zusammenhänge erklären? Wenn wir jetzt hier weniger Fleisch produzieren und konsumieren, wie hilft das den Menschen, die gerade in betroffenen Regionen hungern? Und über welche Größenordnung sprechen wir hier?

Benjamin Bodirsky: (14:44)

Vielleicht muss ich noch einmal kurz noch auf den Aufruf eingehen, den wir vor zwei Wochen veröffentlicht haben. Der wurde inzwischen von über 600 Wissenschaftler:innen unterschrieben, international von Experten in ihrem Feld. Und eine unserer Hauptaussagen war, dass wir eben diese Krisen nicht gegeneinander ausspielen dürfen. Also, die EU, und das betrachten wir mit Sorge, hat so ein paar Maßnahmen jetzt ergriffen, die tendenziell den Umweltschutz, Klimaschutz und den Diversitätsschutz hintenanstellen und stattdessen eben so eine Produktionsförderung vorantreiben, was uns dann wiederum langfristig auf die Füße fallen wird, weil eben Klimaschutz und Biodiversitätssterben nicht haltmachen wegen der Ukraine-Krise. Und ein zentraler Punkt, den man verstehen muss, ist, dass das Problem für Nahrungsmittelunsicherheit nicht unbedingt nur darin liegt, dass zu wenig Nahrungsmittel da sind. Also, wir haben auch schon in den letzten Jahren genug Produktion weltweit gehabt, um eine viel größere Bevölkerung sogar satt zu bekommen. Aber das Problem ist eher die Verteilung. Und diese Verteilung zeichnet sich dadurch aus, dass die Leute, die ärmsten Leute auf der Welt, nicht genügend Kaufkraft haben, um mitzuhalten mit der Nachfrage nach Futtermitteln, mit der Nachfrage auch nach Bioenergie. Und das ist eben dieses Verteilungsproblem. Und wir suchen jetzt nach synergetischen Maßnahmen, die diese Ziele gleichzeitig erreichen können. Und was wir da sehen, ist eben, dass die Nachfrageseite da einen sehr großen Hebel bietet, die sowohl Umwelt wie auch Nahrungsmittelsicherheit vereinen kann und auch noch den Vorteil hat, dass wir uns weniger abhängig machen von russischem Erdgas. Da kommen wir dann eben zu der Forderung, weniger tierische Produkte im Konsum, weniger Nahrungsmittel wegwerfen und gleichzeitig gezielt die Nachfrage zu fördern von den Leuten, die ernährungsunsicher sind.

Zu Ihrer Frage mit dem Fleischkonsum, wieso der noch mal besonders wichtig ist: Also man muss sehen, dass, um eine tierische Kalorie zu produzieren, eine Vielzahl an pflanzlichen Kalorien in Form von Futtermitteln notwendig sind. Und diese Umwandlungseffizienz liegt je nach Tierprodukt bei ungefähr fünf Proteineinheiten, die man braucht, um ein Huhn zu ernähren. Also fünf Proteine für ein Protein aus Hühnerfleisch, zehn zu eins für Schwein und ungefähr 20 zu eins für Rindfleisch, natürlich sehr unterschiedlich je nach Produktionssystem. Muss man jetzt einiges noch einschränken: Natürlich ist das, was die Tiere essen, nicht alles für Menschen verdaubar, insbesondere Rinder können Sachen essen wie Gras, Stroh, Klee, die von uns Menschen nicht gegessen werden. Nichtsdestotrotz besteht da durchaus eine Konkurrenz in der Nahrungsmittelproduktion zwischen der Tierernährung und der menschlichen Ernährung. Denn zum einen verbrauchen auch diese Futtermittel Fläche und stehen damit in Konkurrenz und zum anderen braucht man auch, um eine gute Milchviehleistung zu halten oder einen guten Fleischertrag, zusätzlich zu dem Gras auch Getreide- und Sojaschrot. Und da findet diese Konkurrenz statt. Das Gute ist, wenn man den Fleischkonsum senkt, dann hilft man der Sache gleich auf zwei verschiedene Arten. Zum einen wird weniger Fleisch produziert, damit weniger Futtermittel. Zum anderen ist es auch so, dass die Reststoffe, die die Tiere ja auch essen können, wie Gras oder wie Abfallprodukte aus der Nahrungsmittelverarbeitung, die gibt es ja auch weiterhin. Die werden ja auch weiterhin anfallen. Was dann bedeutet, dass wir die verbleibenden Tiere auch gleichzeitig nachhaltiger ernähren können, weil sie eben mit weniger Kraftfutter und mit mehr Reststoffen ernährt werden. Und da ist im Grunde dieser große



Hebel, den wir haben, bei der tierischen Produktion. Nur um kurz zu veranschaulichen, wie groß dieser Effekt ist, kann man sagen, dass in Deutschland ungefähr die Hälfte der gesamten Ackerflächen für den Anbau von Futtermitteln verwendet werden, von den Ackerflächen. Da ist noch nicht die Verwendung von Reststoffen mit drin. Wenn man noch die Weideflächen dazu nimmt, sind wir ungefähr bei zwei Drittel. Für Getreide kann man sehen, dass wir ungefähr nur 20 Prozent des in Deutschland produzierten Getreides in Form von Brot oder Pasta oder anderen Produkten selbst essen, während 60 Prozent an Tiere verfüttert werden und dann ungefähr jeweils zehn Prozent in die energetische Nutzung geht und zehn Prozent in die stoffliche Nutzung und andere Nutzung wie Saatgut.

Moderatorin: (20:05)

Aber da jetzt noch mal die Nachfrage: Kann man das denn einfach austauschen? Wenn wir jetzt in Deutschland 20 Prozent weniger tierische Produkte essen würden, das Futtermittel, was dafür frei wird, ist das was, was wir wirklich an die hungernden Menschen geben können? Oder ist es nicht dann Futtermais, Soja – Dinge, die jetzt nicht eins zu eins den fehlenden Weizen ersetzen können?

Benjamin Bodirsky: (20:24)

Da kommen wir dann zu dem zeitlichen Aspekt zum einen. Wir können das Klee gras jetzt nicht eben an Menschen verfüttern. Auf der anderen Seite ist es natürlich eine Anbaument scheidung, die bei der nächsten Saison getroffen werden kann, was anderes statt dem Klee gras anzubauen. Und zum anderen gibt es natürlich auch eben diese Substitutionseffekte zwischen verschiedenen Futtermitteln. Man kann durchaus dann auch den Futtermix anpassen, mehr Futtermittel verfüttern und weniger Kraftfutter. Da gibt es dann durchaus schon auch Substitutionseffekte, wobei man auch schon sagen kann, dass jetzt ein Futterweizen nicht eins zu eins als Brotweizen sich eignet. Aber es gibt durchaus auch so eine gewisse Unschärfe, wo man dann durchaus auch substituieren kann zwischen diesen Produkten.

Moderatorin: (21:23)

Das heißt, da hat man wieder eine Unterscheidung zwischen Sachen, die jetzt helfen, und Sachen, die langfristiger helfen. Ich würde zu dem Punkt gerne mal die Meinung von Herrn von Cramon hören. Sie haben in einem Blogpost, den Sie am Anfang des Krieges, also vor einigen Wochen veröffentlicht haben, auch einige Maßnahmen angeraten. Und da haben Sie angedeutet, dass Sie glauben, die tierischen Produkte, also die Produktion und der Konsum davon, sind jetzt gar nicht der wichtigste Hebel unbedingt. Warum und welche Zweifel haben Sie daran?

Stephan von Cramon-Taubadel: (21:51)

Ja, langfristig stimme ich vollkommen überein mit Herrn Bodirsky und mit dieser Frage des Fleischkonsums, wie unglaublich wichtig das ist. Ich sehe jetzt in den nächsten Monaten das Problem auf den Weltgetreidemärkten und ich glaube, die Umstellung des Fleischsystems, sage ich mal, des Systems der Fleischproduktion wird bei uns einfach ein bisschen mehr Zeit dauern. Es stimmt, dann könnten, wenn wir wirklich die Nachfrage bei uns reduzieren würden, dann könnten die Landwirte zum Beispiel die Entscheidung, wie sie ihre Felder jetzt im kommenden Herbst bestellen und was dann im nächsten Jahr in 14,15 Monaten geerntet wird, dann würde das eine Auswirkung haben. Und das sollten wir in die Wege leiten. Aber das wird jetzt, ich sag mal, im kommenden Herbst oder jetzt in den nächsten Monaten nicht so direkt helfen. Deswegen finde ich so eine Entscheidung wie zum Beispiel diese Brachflächen kurzfristig doch in die Produktion zu nehmen – kurzfristig, das ist nicht für immer aufgehoben, aber für ein, zwei Jahre, sagen wir, machen wir da eine



Ausnahme –, halte ich eigentlich für relativ sinnvoll. Die andere Sache ist: Ja, die Nachfrage nach Fleisch ist ein großer Hebel. Nur die Frage ist: Wer hat diesen Hebel in der Hand? Wer kann es (ihn) wirklich einsetzen? Unser Agrarminister, Herr Özdemir zum Beispiel, kann nicht verordnen, wie viel Fleisch wir essen. Die Minister können appellieren. Er kann nicht bestimmen, ob mehr oder weniger Fleischmahlzeiten in den Kantinen oder in der Mensa hier an der Uni Göttingen angeboten werden in nächster Zeit oder die Krankenhäuser und die öffentlichen Träger. Da gibt es Möglichkeiten, aber es wird dauern, bis wir da sind, und es eilt leider mit der Welthungerkrise. Noch mal, um auf die ganz kurz zurückzukommen: Wir haben das 2007/2008 gesehen, was passiert, wenn Nahrungsmittel knapp werden und teuer werden in Nordafrika. Da gab es eine ganze Reihe von Unruhen. Regierungen sind gestürzt worden, Flüchtlingsströme wurden ausgelöst. Die EU hat bisher extrem solidarisch auf die Invasion der Ukraine reagiert. Erstaunlich. Ich glaube, Putin wundert sich, dass wir da so solidarisch reagiert haben. Aber wenn jetzt zum Beispiel im Sommer aus nordafrikanischen Ländern größere Flüchtlingsströme auf uns zukommen, mal gucken, wie lange die Solidarität hält. Wir brauchen jetzt kurzfristige Maßnahmen, eine ganz groß angelegte humanitäre Hilfe und dabei nicht langfristigen Ziele, die Transformation des Agrarsystems hinzubekommen (aus den Augen zu verlieren). Aber das dauert, das sind dickere Bretter.

Moderatorin: (24:20)

Ja, dankeschön. Zu dem Punkt zwischen Fleischproduktion oder Produktion tierischer Güter und dem Konsum eine Frage von einem Journalisten an Sie: Sollte nicht die Politik endlich bei der Fleischproduktion ansetzen und dort die Klima- und Umweltkosten einpreisen lassen, statt an die Fleischkonsumenten zu appellieren und sich so aus der Verantwortung zu stehlen? Die Verbraucher:innen werden die Preise akzeptieren, die sie im Handel vorfinden. Die Verbraucher:innen fordern kein billiges Fleisch, sie kaufen es nur, solange es angeboten wird. Wären das Positionen, die sie als Agrarwissenschaftler teilen können?

Stephan von Cramon-Taubadel: (24:58)

Nicht gänzlich, weil die Märkte hängen auch da ein bisschen zusammen, und wenn wir bei uns die Produktion drosseln in Deutschland und die Nachfrage sich aber nicht verändert, dann werden die Tiere einfach woanders gemästet und dann hat man unterm Strich jetzt für die globale Futternachfrage, für Treibhausgas-Ausstoß usw. eventuell nichts geschafft oder sogar vielleicht negative Auswirkungen, wenn woanders weniger effizient produziert wird als bei uns. Das müssen wir schon über die Nachfrage hinbekommen. Das, was wir nicht konsumieren, muss nicht gemästet werden irgendwo auf der Erde, und dann ist der Gewinn da. Und wie man das hinbekommt, ja, richtig über Einpreisung. Wir sind EU-Mitglied, und auch da: Herr Özdemir entscheidet nicht alleine und er muss in Brüssel Mehrheiten finden, und wir müssen geschlossen vorgehen.

Moderatorin: (25:50)

Herr Lakner dazu.

Sebastian Lakner: (25:54)

Ja, also grundsätzlich würde ich den Punkt auch teilen, dass natürlich die Möglichkeiten, gerade kurzfristig was zu machen, extrem limitiert sind, aber ich würde sie nicht bei null ansetzen. Also, ich glaube, richtig ist, ursächlich hängt es ja mit unseren Konsummustern zusammen. Unsere Konsummuster verursachen die Knappheit, und das hat Herr Bodirsky ja völlig richtig auch gesagt, die Art und Weise, wie wir hier konsumieren in Europa, die hat auch letztes Jahr beispielsweise, da war der Ukraine-Krieg nicht da, trotzdem hatten wir auch da schon einen Anstieg der Hungernden. Das



World Food Programme musste Rationen kürzen, also insofern, das hängt schon ursächlich miteinander zusammen und deswegen können Appelle vielleicht hier helfen. Sie können auch in dem Sinne helfen, falls die Politik doch zu Maßnahmen greift. Und eine der diskutierten Maßnahmen, wohl gemerkt, es ist keine Maßnahmen, die jetzt wunder was wirken kann, aber vielleicht wirkt sie am Rand ein bisschen und vielleicht trägt sie dazu bei, dass ein bisschen Mengen umsortiert werden am Markt für Futtergetreide, wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleisch. Das ist ohnehin in verschiedenen Strategiepapieren immer wieder vorgeschlagen worden in den letzten Jahren. Wir sind jetzt in einer Kriegssituation. Es kann sein, dass das zumindest einen gewissen Effekt erzielen könnte, eben nicht den vollen Effekt, das muss man hier an der Stelle sagen. Aber ich glaube, an der Stelle sollten wir uns in der Diskussion nicht zu sehr limitieren, sondern wir müssen als Gesellschaft hier zusammenrücken. Und ich meine, das ist an verschiedenen Stellen gesagt worden: Das ist eine Kriegssituation. Das ist, glaube ich, nichts was ein Finanzminister – es müsste in dem Fall auch Herr Lindner vorschlagen, ist eine weitere Limitierung, man weiß nicht, ob er das politisch möchte ... Aber, ich glaube, es müssen wirklich alle Optionen diskutiert werden. Kann uns das etwas helfen? Das Problem ist natürlich hier, wenn dann die Nachfrage zurückginge, wie kommt man sozusagen an die Partien Futterweizen, die man für andere Zwecke bereitstellen könnte? Aber auch da muss man sagen 80 Prozent unseres angebauten Weizens, das hat ein Kollege aus Hohenheim dieser Tage gesagt, hätte zumindest eine gewisse Backfähigkeit. Also, auch diese Erzählung, wir können das alles überhaupt nicht verwenden, die ist sachlich nicht richtig. Das heißt, wir müssen alle Optionen diskutieren aus meiner Sicht.

Moderatorin: (28:36)

Herr Cramon, Sie hatten sich auch noch dazu gemeldet, ich würde gern noch kurz zu dem Punkt von den tierischen Produkten und dann gerne zu einer anderen Maßnahme weiter gehen. Aber gerne sagen sie noch was dazu

Stephan von Cramon-Taubadel: (28:46)

... und wirklich kurz. Aber vielen Dank. Es geht hier um Mehrwertsteuer-Erhöhung. Definitiv, dass wär eine Maßnahme, die jetzt was bewirken, was bringen würde, es gibt so verschiedene Schätzungen, wenn die Fleischpreise um einen Prozent steigen, dann geht die Nachfrage um so um 0,7 bis 0,8 Prozent zurück. Es gibt verschiedene Schätzungen, das ist kompliziert, aber das würde was bringen. Nur jetzt auch da politisch: Momentan in den Nachrichten hören wir nur noch von Inflation. Die Preise sind schon im vorletzten Monat so um fünf Prozent gestiegen, jetzt im letzten Monat nochmal um sieben und die Lebensmittelpreise steigen, der Einzelhandel hat uns heute erzählt, dass es demnächst eine weitere zweistellige Steigung geben wird. Mit anderen Worten: Die Fleischpreise steigen schon und werden substantiell steigen. Die Nachfrage wird zurückgehen und was man dann vielleicht machen könnte, ist in einigen Monaten oder in einem Jahr, wenn die Krise überwunden ist und die Preise tendenziell vielleicht wieder etwas runterkommen, wenn Energie günstiger wird und so weiter: An der Stelle könnte man gleichzeitig die Mehrwertsteuer anheben, damit die Fleischpreise hoch bleiben. Aber jetzt in diese Situation, wo ohnehin sehr viel Inflation da ist und die ganze Welt sich Sorgen macht über ärmere Haushalte und wie kommen die über die Runden und so weiter – in der Situation, glaube ich, gibt es kaum Politiker in Deutschland oder der EU, der jetzt sagen wird: und jetzt werden wird auch noch mal – in Deutschland wären das von 7 auf 19 Prozent – da legen wir noch mal 12 Prozent auf Fleischpreise drauf? Schwer vorstellbar.

Moderatorin: (30:13)

Herr Bodirsky, was sagen Sie genau zu dem Punkt, weil das ist ja auch eine der Vorschläge aus Ihrem Brief, der jetzt veröffentlicht wurde.



press briefing

Benjamin Bodirsky: (30:19)

Also ich glaube, ich würde erst noch kurz auf einen anderen Punkt oder soll ich zuerst auf die Fleischpreise?

Moderatorin: (30:25)

Wie Sie möchten.

Benjamin Bodirsky: (30:27)

Also ich würde gerne noch auf die Frage mit dem kurzfristig versus langfristig, und ich glaube, kurzfristig ist wirklich das Allerwichtigste die Stärkung des UN World Food Programmes, das wirklich sehr leidet unter der Finanzierung, unter der mangelnden, auch bei den gestiegenen Preisen. Ich glaube, Deutschland hat im Jahr 2020 eine Milliarde Euro an das World Food Programme überwiesen, was schon relativ viel ist von den anderen Ländern. Aber wenn man jetzt ansieht, wir geben 100 Milliarden aus, um aufzurüsten... Ernährungssicherheit sicherzustellen ist auch eine friedenssichernde Maßnahme. Es wird auch geopolitisch wichtig sein, nicht eben diese Länder zu verlieren an dann andere Länder, die sie vielleicht mit Getreide ausstatten. Und auch wissen wir, dass Ernährungssicherheit auch Konflikte anheizt und so weiter. Das ist meiner Meinung nach die wichtigste kurzfristige Maßnahme. Und dann ist die Frage: Was ist denn überhaupt kurzfristig, weil diese Krise, die wird jetzt länger anhalten. Ich rechne nicht damit, dass die im September vorbei ist, sondern die wird auch die nächsten Jahre uns beschäftigen. Wahrscheinlich. Das heißt, auch Maßnahmen, die jetzt über 2, 3 Jahre sind, müssen wir jetzt eigentlich angehen. Weil – wenn wir sie jetzt nicht angehen, dann sind wir wieder in einem Jahr wieder genau in derselben Situation und sagen: Kurzfristig bringt uns das nicht. Das heißt, wir müssen, durchaus jetzt handeln, um dann in drei Jahren eventuell den Konsum runter zu bringen. Und dass das durchaus möglich ist, haben in den letzten drei Jahren gesehen, weil wir da gesehen haben, dass der Konsum von Fleisch um ungefähr zehn Prozent zurückgegangen ist. Das heißt, da sind durchaus auch Anpassungen möglich. Und jetzt in dem zweiten Brief haben wir deswegen einige Maßnahmen vorgeschlagen, insgesamt 17 Stück, sowohl auf der Produktions- wie auf der Nachfrageseite. Meiner Meinung nach muss das parallel vorgehen. Also es reicht nicht nur die Nachfrageseite, sondern auch die Produktionsseite nachhaltiger machen. Und da ist eine Forderung: Wenn man jetzt kurzfristig die Fleischpreise nicht erhöhen möchte, kann man natürlich auch kurzfristig die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel reduzieren, also die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Nahrungsmittel reduzieren. Das hätte eine ähnliche Wirkung. Wir sehen allerdings auch – und da würde ich vielleicht mit Herrn von Cramon nicht übereinstimmen – meiner Meinung nach kann auch der staatliche Konsum, also die Cafeterien, die Mensen und so weiter, die können auch sehr kurzfristig durch eine Subventionierung von nachhaltigen Gerichten meiner Meinung nach auch auf den Konsum sich auswirken.

Moderatorin: (33:18)

Dankeschön. Jetzt noch mal eine Frage von einer Journalistin zu einem anderen Thema, nämlich: Wie stellt sich die Nahrungsmittelversorgung jetzt im Krieg für die Ukraine in der Ukraine dar? Vielleicht Herr Cramon, Sie kennen die Region am besten. Wie sieht es für die Leute im Kriegsgebiet aus im Moment?

Stephan von Cramon-Taubadel: (33:37)



Natürlich in manchen Ecken, insbesondere in den Städten, die jetzt eingekesselt sind, und da, wo wirklich Kriegshandlung sind, sieht die Lage natürlich ganz furchtbar aus, nicht nur mit Nahrungsmitteln, sondern auch medizinischer Versorgung und, und, und – ganz basic Grundbedürfnisse des Lebens und Sicherheit. Das ist natürlich furchtbar. Ansonsten vieles, was jetzt aus der Ukraine nicht raus fließt, nicht exportiert werden kann – also jetzt Grundnahrungsmittel – sind in vielen Ecken der Ukraine vorhanden. Aber da ist es natürlich auch ein Verteilungsproblem innerhalb des Landes aufgrund der Kriegshandlungen, dass man das eventuell dann dahin bekommt, wo Menschen jetzt hungern und so weiter. Und vieles, was jetzt an Lebensmittel-Verarbeitung und so weiter... es kann sein, dass irgendwo Weizen jetzt in einem Lager ist, aber jetzt die Frage, ob die Mühle funktioniert und ob es dann zu Mehl verarbeitet werden kann, das ist vielleicht eine andere. Da wird man natürlich – die Menschen werden überleben, aber es ist mitunter natürlich furchtbar, was die momentan erleiden müssen.

Moderatorin: (34:39)

Das heißt, es kann sein, dass neben den Exportmengen, die wegfallen, am Ende die Ukraine auch mitversorgt werden muss vom Rest der Welt. Dadurch, dass gerade da die Lebensmittelversorgung zusammenbricht.

Stephan von Cramon-Taubadel: (34:49)

Rein von der Balance her, von den Tonnen und den Menschen ist genug Grundnahrungsmittel da. Das ist aber jetzt in einem Kriegsgebiet natürlich. Trotzdem werden Menschen, die jetzt in Mariupol eingekesselt sind – nach vielen Wochen, da sind die Regale leer. Und da sieht die Lage natürlich ganz, ganz grausam aus.

Moderatorin: (35:10)

Danke für die Einschätzung. Dann noch mal zu einem ganz anderen Thema, nämlich: Wir wollten noch über andere Maßnahmen sprechen. Wir hatten jetzt eben intensiver über den Fleischkonsum oder die Produktion von tierischen Produkten gesprochen. Eben haben wir schon die Brachflächen angesprochen. Es ist ja gerade eine Maßnahme, die die EU schon beschlossen hat. Das heißt, auf Brachflächen, die es in der EU gibt, – aktuell liegen sechs Prozent der Flächen brach – dürfen jetzt wieder Futtermittel angebaut werden. Herr Lackner, Sie kennen sich mit der mit der Thematik aus: Wie viel Getreide kann man dadurch herstellen? Oder – wenn man jetzt überall Getreide anbauen würde, in welcher Größenordnung könnte man das Problem da auffangen?

Sebastian Lakner: (35:53)

Ja, vielleicht erst einmal von der Einordnung her: Worum geht es? Es geht um die Greening-Verpflichtungen, das den Verpflichtungen, die die meisten Landwirte einhalten müssen. Wobei es gibt auch Ausnahmetatbestände. Und es geht hierbei um die ökologischen Vorrangflächen. Es müssen EU-weit fünf Prozent der Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen bereitgestellt werden von jedem Betrieb, und die Betriebe haben unterschiedliche Optionen, diese Vorrangflächen auszugestalten. Sie sollen eine gewisse Umweltwirkung erzielen. Und hier ist sozusagen erstmal die erste Einschränkung, dass EU-weit gesehen die Brache nur die dritt wichtigste Option ist. Wir können feststellen, wir haben zwei Millionen Brachflächen in der EU-27, das sind sogar vier Prozent des Ackerlandes. Das klingt jetzt sehr viel, aber dazu muss man wissen, von diesen zwei Millionen sind eine Million in Spanien und in Spanien hat man wirklich alles, was bei drei nicht auf den Bäumen war, als Brache deklariert, also sprich Halbwüsten, wo man sagen kann: Okay, damit werden wir die Welt nicht retten. Das heißt, das wäre etwas, wo ich gedanklich erst einmal eine Menge abziehen



würde. Bei den spanischen Flächen soll bitte mal ein spanischer Agrarökonom sagen, wie man da Getreide produzieren kann.

Der andere Punkt sind die restlichen Flächen: Wenn ich jetzt hier mir die Szene in Deutschland an-
gucke, ist ja für Deutschland auch diskutiert worden. Ich habe selber dazu Forschung schon ge-
macht. Das Thünen-Institut hat das empirisch sehr, sehr genau untersucht. Das Thünen-Institut hat
dazu eine Abschätzung gemacht. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat eine Abschätzung gemacht. Ich
habe natürlich selber auch überlegt, was könnte man da diskutieren? Und dazu muss man wissen:
Betriebsleiter legen solche Brachflächen, wenn sie überhaupt die Option Brache ziehen, auf
schlechte Standorte, auf Standorte, die verkehrstechnisch ungünstig gelegen sind, auf Acker-
schläge, die man schlecht bewirtschaften kann, die steinig sind, die eine niedrige Bodenqualität
haben, die am Waldrand sind und wo Schattenwurf den Ertrag einschränkt. Das heißt also, das sind
auf gut Deutsch die schlechtesten Standorte, und das kann man auch empirisch zeigen. Man kann
auch empirisch zeigen, dass Brachflächen vor allem in Regionen zu finden sind, die insgesamt ein
niedriges Ertragspotenzial haben. Paradebeispiel ist Brandenburg, aber man kann es auch in vielen
anderen deutschen Regionen zeigen. Sprich, das sind eigentlich die schlechtesten Standorte, die
wir haben.

Der zweite Punkt, der hier auch noch mal einschränkend auf diese Option wirkt, also Cem Özdemir
hat am 3. März verkündet, man kann die Auswüchse der Brache für die Futtermittelnutzung sozusagen
verwenden. Jetzt wissen wir aber empirisch, dass tierhaltende Betriebe in der Regel die Brache
eben gerade nicht ziehen. Also wir finden Brache hauptsächlich bei Ackerbaubetrieben und in
Ackerbauregionen, das kommt hinzu. Also sprich, wenn ich da einen ersten Aufwuchs jetzt im Juli
schneide, den ersten Aufwuchs kann man sowieso vergessen, der hat keinen Futterwert, das kann
man höchstens als Einstreu nutzen und dann mit Stroh substituieren. Das bringt für Brotgetreide
ziemlich wenig. Zweiter, dritter Schnitt könnte was sein, aber auch das ist bei einem sozusagen
niedrigen Grünlandertrag anzusiedeln. Da kann ich ein bisschen sozusagen in der Fütterung von
Kühen was ersetzen. Nur wird das eben auf Ackerbaubetrieben hergestellt und die Zentren, wo wir
wirklich Milch produzieren, die sind Hunderte von Kilometern weg. Also insofern ist diese, weiß ich
nicht, ist diese Option sehr beschränkt. Man kann jetzt hypothetisch auch überlegen: Lasst uns die
Brachen nicht für Futter, nicht den Aufwuchs für Futter nehmen, sondern lasst uns umpflügen und
jetzt noch irgendwas sähen – das wäre Sommergetreide, und da hat das Thünen-Institut schon ge-
sagt: naja. Und ärgerlicherweise, also das ist wohl eine Stellungnahme oder eine Übersicht, die
nächste Woche auf der Thünen-Homepage veröffentlicht wird. Also diejenigen, die wirklich an den
Details interessiert sind, da bitte gucken nächste Woche. Und die hatten versucht, sozusagen in
den Landkreisen jeweils den Anteil mit einem durchschnittlichen Landkreisertrag minus 20 Pro-
zent, weil es ja die schlechtesten Standorte sind. Und da kommen Sie auf eine auf eine Menge, die
nicht mal eine Million Tonnen ist. Also deswegen sozusagen, ich weiß nicht, wie viel davon wirklich
Symbolpolitik ist und wie viel das beiträgt und...daneben steht aber, dass diese Brachflächen eine
wichtige ökologische Funktion haben: sie puffern ab, sie sind teilweise an Flussläufen gelegen, sie
sind für bestimmte Arten sehr wichtig. Das heißt also, ich will das nicht ausschließen. Es kann sein,
dass wir diese Brache nutzen müssen, aber dann wäre ich dafür, genau zu überlegen: Wie machen
wir das? Und ich würde auch vorschlagen, dass man zumindest versucht, auch einige Brachen auf-
rechtzuerhalten, weil das hätte sonst ökologisch massive Konsequenzen, selbst wenn man das ein
Jahr lang unterpflügt, könnte schwierig sein. Die Futternutzung ist vielleicht ökologisch nicht ganz
so schädlich. Das muss man auch wieder differenzieren. So, jetzt habe ich sehr viel über Brachen
geredet, aber es ist halt glaube ich auch wichtig, um das einschätzen zu können, warum das jetzt
nicht der goldene Schlüssel zur Welternährung ist.

Moderatorin: (41:39)

Danke für die Einschätzung, wie sinnvoll diese Maßnahme ist. Dann noch zu einer anderen Maß-
nahme, die auch vorgeschlagen wurde. Jetzt eher vonseiten der Forschung. Herr Bodirsky, Sie



empfehlen unter anderem als Reaktion auf den Krieg stärker Leguminosen in der EU anzubauen. Warum? Was ist da die Logik?

Benjamin Bodirsky: (42:00)

Eines der Ziele der Farm-to-Fork-Strategie ist eben auch, Stickstoff zu reduzieren und dieses Ziel, Stickstoff-Verschmutzung zu reduzieren und damit auch den Stickstoffdünger zu reduzieren, das ist tatsächlich in einer sehr großen Weise synergetisch damit, dass wir die Erdgas-Importe aus Russland reduzieren wollen, weil Stickstoffdünger wird produziert, basierend auf Erdgas, ist sehr energiereich und Russland ist der größte Exporteur von Düngemitteln. Außerdem ist das Düngemittel, das hier produziert wird, natürlich auch auf Erdgasbasis, also auch auf importierter Erdgasbasis. Das heißt, diese Ziele, die Stickstoff-Effizienz zu erhöhen, die Stickstoff-Verluste zu reduzieren und damit den Stickstoffdünger einzusparen: Das ist sehr synergetisch damit, und was haben jetzt diese Leguminosen damit zu tun? Die Leguminosen sind im Grunde der beste Ersatz für Stickstoffdünger, weil sie Stickstoff aus der Atmosphäre aus unreaktivem N₂ in eine reaktive Form bringen, die für Pflanzen verfügbar ist und die damit dann...Zum einen müssen diese Leguminosen selbst weniger gedüngt werden. Zum anderen über die Erntereste düngen sie die anderen Pflanzen mit, die danach kommen. Also das ist tatsächlich eine wichtige Maßnahme, auch, um die die Erdgas-Abhängigkeit zu reduzieren.

Moderatorin: (43:39)

Und um die Lücke in der Düngemittel-Versorgung gerade zu stopfen, nehme ich an.

Benjamin Bodirsky: (43:43)

Ja, das hat tatsächlich sehr vielfältige positive Effekte. Es ist gut für die Biodiversität. Körnerleguminosen, also Linsen, Erbsen, Bohnen, das sind auch Grundnahrungsmittel. Tatsächlich mit die wichtigsten Grundnahrungsmittel neben Getreide sind eben immer die Hülsenfrüchte. Und ja, genau da kommen alle Effekte im Grunde zusammen.

Moderatorin: (44:07)

Und gleichzeitig sind Hülsenfrüchte ja auch eine Klasse von Lebensmitteln, die wir in Europa nicht genug essen.

Benjamin Bodirsky: (44:15)

Genau. Und tatsächlich auch aus Gesundheitsperspektive sollten wir mehr Hülsenfrüchte essen, weil die eben sehr gut für uns sind.

Moderatorin: (44:22)

Okay, vielen Dank. Dann noch eine Frage von einer Journalistin. Sie fragt: Gibt es in den importabhängigen Regionen Aktivitäten, die notwendigen Lebensmittel verstärkt selbst anzubauen? Wenn nein, warum nicht? Vielleicht Herr Cramon, können Sie etwas dazu sagen?

Stephan von Cramon-Taubadel: (44:39)



Vielen Dank für die Frage. Ich bin sicher, dass die hohen Preise natürlich Anreize auslösen – in vielen Ländern, in allen Ländern. Die Frage ist immer: Sind Landwirte in der Lage, kurzfristig auf diese Anreize zu reagieren? Und da ist die Lage in vielen Entwicklungsländern oder Ländern mit niedrigem Einkommen schwierig. Um jetzt darauf zu reagieren, brauche ich natürlich Input. Da brauche ich zum Beispiel Düngemittel oder Saatgut und solche Sachen. Und – das ist leider wahr das Thema – Düngemittel ist teuer geworden. Wir haben in den vergangenen Preiskrisen – zum Beispiel 2007, 2008 – gesehen, dass die Landwirtschaft zum Beispiel in Europa und Nordamerika und einigen anderen Ländern sehr schnell, erstaunlich schnell reagieren kann auf der Angebotsseite und mehr produzieren kann, weil bei uns die Infrastruktur da ist. Und wenn die Landwirte nachfragen, dann kann das System innerhalb (von) ein, zwei Jahren ziemlich schnell anpassen. Aber in vielen Entwicklungsländern ist das nicht so einfach.

Moderatorin: (45:46)

Herr Bodirsky noch dazu.

Benjamin Bodirsky: (45:48) Ich würde gerne noch einen Punkt hervorheben, der so ein bisschen zur Komplexität beiträgt. Die hohen Preise auf den Märkten sind natürlich nicht überall negativ, sondern es gibt weltweit eine Milliarde Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, also fast ein Drittel der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung der Welt. Und (diese Gruppe) bezieht natürlich auch das Einkommen aus der Landwirtschaft. Und wir haben Produktionsausfälle eben nicht in den armen Ländern, sondern in der Ukraine. Die Erträge dort sind weiterhin gut. Das heißt, viele Leute dort werden tatsächlich ein höheres Einkommen haben als normalerweise. Also wir müssen auch schauen, dieses Ernährungsproblem, das wir haben, das ist nicht überall gleich, sondern das ist konzentriert auf Städte, städtische Bevölkerung, die darunter leidet, weil sie selber natürlich kein Einkommen aus der Landwirtschaft bezieht. Und das ist konzentriert auch in Import-Regionen. Und von daher sollten wir da auch sehen, dass wir dann am besten zielgerichtet eingreifen. Dort wo die Knappheit am größten ist.

Stephan von Cramon-Taubadel: (46:51)

Ganz kurz dazu, wenn ich darf. 100 Prozent Zustimmung. Es gibt Gewinner und Verlierer, keine Frage. Hohe Lebensmittelpreise bedeuten für Haushalte auch in Entwicklungsländern, die netto Verkäufer von Lebensmitteln sind, Vorteile. Das ist definitiv der Fall. Aber – und das ist eben das politisch Wichtige – gerade die städtische Bevölkerung in vielen Ländern ist die, die politisch natürlich am meisten Druck ausübt. Wenn es jetzt darum geht, wenn Sie jetzt der Herrscher von Ägypten sind oder so etwas, dann machen sie sich weniger Sorgen um die paar Landwirte, die jetzt profitieren, als um die Millionen in der Großstadt, die von Brotsubventionen abhängig sind, die ich mir vielleicht gar nicht mehr leisten kann und die meinen Vorgänger schon aus dem Amt damals gekegelt haben. Und deswegen die Sensibilität des Themas politisch. Aber ja, klar, es gibt auch Gewinner. Unterm Strich steigen sowohl Anzahl der Hungernden weltweit als auch (der) Anteil der Menschen auf dieser Erde, die hungern aufgrund dieser steigenden Preise.

Moderatorin: (47:54)

Danke schön! Wir haben noch eine Nachfrage zu der Brache-Debatte, die ich gern noch anschieben würde an Herrn Lakner: Könnte man Leguminosen auf deutschen oder nicht-deutschen Brachflächen anbauen? Sinnvoller als Getreide? Also quasi die Synergie aus diesen beiden Maßnahmen.



Sebastian Lakner: (48:12)

Die Alternative zur Brache bei der Umsetzung der ökologischen Vorrangfläche sind ja Leguminosen und die gibt es. Das sind jetzt nur sieben oder acht Prozent wenn ich es richtig im Kopf habe der ökologischen Vorrangfläche. Ich bin mir jetzt nicht sicher, das würde jetzt da auch nicht groß was drehen. Also letztendlich würde ich auch das als Futter einsetzen, ähnlich wie auch den Aufwuchs einer Brache. Insofern ja, könnte man natürlich machen. Aber da sind dann einige Verschiebungseffekte über die gesamte Kette und wo ich dann am Ende der Wintersaison dann feststelle: Okay, ich bin futtermäßig besser übergekommen und habe auf einmal einen kleinen Rest von Maissilage und kann darüber dann vielleicht irgendwann in der nächsten Anbausaison eine Entscheidung anders treffen. Deswegen auch das ist aus meiner Sicht jetzt nicht das, was das Problem komplett löst. Das Interessante ist (wie) ich finde dieser Punkt: Einsatz als Düngemittel. Das ist etwas, worüber man nachdenken kann. Das ist im Hinblick auf die Leguminosen richtig. Man kann aber auch Aufwuchs von Brachen (nehmen). Wenn ich überlege, das sind Ackerbaubetriebe. Ich kann diesen Aufwuchs nehmen, kann den abtransportieren und auf guten Ackerstandorten einarbeiten und dort wird er auch düngen. Das ist jetzt natürlich, wie soll ich sagen, das Detail der Details. Aber ich glaube Quintessenz ist: Man muss hier glaube ich auch ein bisschen darauf setzen, dass Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter hier sehr findig werden in den nächsten Wochen und Monaten. Und das ist ein bisschen die große Hoffnung. Aber es ist auch nicht so, dass man es einfach schnell umstellen kann, indem man sagt: Wir geben Brachen frei. Da bleibe ich bei meiner skeptischen Haltung. Und die zweite wirklich wichtige Aussage: Wenn wir diese Option ziehen, sie kostet uns ökologisch etwas. Das heißt, wir können das nicht so fortsetzen. Es muss ein klares politisches Bekenntnis dazu sein, dass wir Brachen-Rückzugsräume brauchen in der Agrarlandschaft. Sonst funktionieren die Agrarlandschaften auch nicht vernünftig.

Moderatorin: (50:31)

Danke schön. Herr Cramon noch einen kurzen Kommentar dazu, dann würde ich gern in die Abschlussstatements gehen.

Stephan von Cramon-Taubadel: (50:36)

Ganz kurz in der Tat. Also erstens: Die Brache eventuell jetzt für ein, zwei Jahre aufheben, aber die muss wieder in Kraft treten. Ist überhaupt keine Frage. Es geht nur um eine kurzfristige Reaktion. Und es ist richtig, das wird allein das Problem nicht lösen. Das andere zu Leguminosen: Ich bin kein Praktiker, ich weiß nicht, ob Herr Bodirsky selber jetzt auch Praktiker ist in der Landwirtschaft. Die haben sich bisher nicht so breit gemacht in der Landwirtschaft, auf jeden Fall in der konventionellen, weil so mit den Sorten und wie das in den Arbeitsspitzen und technisch reinpasst, das ist noch nicht ganz alles so ausgereift. Wenn ich mit Landwirten darüber spreche, dann höre ich häufig so Klagen, das klappt immer so nicht so ganz gut. (Dann) will ich nur ganz schnell so eine Brücke machen zum Thema Innovation. Wir werden all diese Probleme und die vielen Zielkonflikte, die wir da haben, nur lösen, wenn wir weiterhin technischen Fortschritt haben. Zum Beispiel bessere Leguminosensorten, die auf unsere klimatischen Bedingungen angepasst sind. Und da ist mittel und langfristig auch ganz wichtig, dass wir vielleicht in manchen Bereichen der Agrarpolitik so ein bisschen diese technologiefeindliche Haltung, die es da gibt – dass bestimmte Züchtungstechnologien zum Beispiel verboten werden – dass wir die überdenken. Denn nur mit technischem Fortschritt werden wir die verschiedenen Sachen – Produktivität und Nachhaltigkeit – unter einen Hut bekommen.

Moderatorin: (51:54)

Dankeschön! Damit würde ich gern noch die Abschlussfrage an Sie drei stellen. Vielleicht noch eine kurze Bemerkung hier: Ein Punkt, auf den wir jetzt nicht eingegangen sind, der aber auch sehr



wichtig ist, sind Biokraftstoffe. Da gibt es jetzt auch viele Forderungen, dass wir davon weniger oder keine mehr produzieren sollten. Das geht jetzt leider einfach zeitlich über diesen Rahmen hinaus. Wenn Sie da mehr darüber wissen wollen, können Sie auf jeden Fall in den Stellungnahmen von allen dreien dieser Experten, die ja teilweise auch schon verlinkt waren jetzt hier im Chat, nochmal nachlesen, was da die Argumente sind. Das ist nämlich auch einfach ein spannender Hebel, den wir jetzt einfach aus Zeitgründen nicht mehr diskutieren können. Dann würde ich Sie gerne abschließend noch einmal fragen, vielleicht Herr von Cramon zuerst: Was würden Sie der Bundesregierung und der EU jetzt als konkrete und kurzfristige Schritte empfehlen, um die Hungerkatastrophe, die uns droht – nicht uns, aber die der Welt droht – abzuwenden?

Stephan von Cramon-Taubadel: (52:53)

In erster Linie ist es die humanitäre Hilfe. Die muss international koordiniert sein und die muss ganz mächtig sein sozusagen, um da jetzt wirklich in den nächsten Monaten was zu machen. Das ist für die Welthungerhilfe und die anderen Institutionen, die dafür zuständig sind, einfach viel teurer geworden jetzt und denen fehlen die Mittel. Und da müssen wir wirklich substanzuell was machen, sonst fällt uns das, wie ich vorher angedeutet habe, zum Beispiel über Unruhen in manchen Ländern und Flüchtlingsströme wieder auf die Füße. Da müssen wir unbedingt... Da gibt es schon die Anfänge, ist keine Frage. Aber das muss wirklich eine konzertierte... Da müssen wir auch einen langen Atem haben.

Moderatorin: (53:30)

Danke schön, Herr Bodirsky, dieselbe Frage: Was würden Sie der Bundesregierung in der EU jetzt ganz konkret und kurzfristig raten?

Benjamin Bodirsky: (53:37)

Es ist natürlich sehr praktisch, weil wir haben ja heute diesen Aufruf mit 17 Punkten, also den offenen Brief an die Bundesregierung verfasst. Schauen Sie sich den noch mal im Chat an. Wie gesagt, sehr viele verschiedene Maßnahmen, die wir vorschlagen, sowohl auf der Produktions- wie auf der Nachfrageseite, sowohl kurzfristig wie langfristig. Und unser Aufruf ist, viele von diesen Maßnahmen gemeinsam zu bündeln, weil wir oft sehen können, dass man durch eine Bündelung zum einen eine größere Zustimmung von allen beteiligten Akteuren erreicht, aber auch, dass die sich dann gegenseitig befruchten und gegenseitig eine Dynamik entwickeln. Deswegen das sind nicht sozusagen nur Einzelmaßnahmen, sondern man muss wirklich so breit denken und systemisch denken.

Moderatorin: (54:21)

Können Sie trotzdem einige Einzelmaßnahmen einmal herausgreifen und sagen, was Sie besonders relevant finden?

Benjamin Bodirsky: (54:28)

Dann einmal jeweils eine von den kurzfristig, langfristig, Produktions- und Nachfrageseite. Also Konsum eher kurzfristig. Also während der Krise, sagen wir es mal so, ist die Umstellung der Kantinen oder die Förderung von pflanzenbasierter, gesunder Ernährung zum einen durch eine Subvention, zum anderen auch durch Bezuschussung von Umschulung von Personal oder Weiterbildung von Personal (wichtig). Eine kurzfristige produktionsseitige Maßnahme ist die Vorziehung oder eine Förderung der Vorziehung von Stallumbau hin zu mehr Tierwohl. Weil wir da zum einen



dafür sorgen, dass kurzfristig eventuell Überkapazitäten reduziert werden. Langfristig wird den Landwirten auch ein besseres Verdienstpotezial ermöglicht, weil natürlich Tierwohl auch bedeutet: höhere Preise. Und dann eine langfristige Maßnahme auf Nachfrageseite: da finde ich, dass wir viel mehr über Ernährung und Gesundheit nachdenken müssen. Also eine Integration von Ernährung in unsere Gesundheitssysteme, zum Beispiel über die Krankenversicherung, Absetzbarkeit von Ernährungsberatung auch als Prävention, das ist sehr wichtig. Und schließlich auf Produktionsseite langfristig: Mein absoluter Favorit ist immer die Stickstoffüberschuss-Besteuerung. Meiner Meinung nach würde die sehr viele Probleme auf einmal lösen, am besten flankiert mit einem Border Adjustment (Mechanism).

Moderatorin: (56:09)

Danke schön. Und dann noch dieselbe Frage an Herrn Lackner: Was würden Sie der Bundesregierung und der EU jetzt gerade kurzfristig und konkret raten?

Sebastian Lackner: (56:18)

Also die erste Empfehlung ist, glaube ich: Agiert international abgestimmt, weil viele Maßnahmen, die wir heute diskutiert haben, funktionieren nur, wenn sie mindestens auf EU-Ebene einigermaßen koordiniert stattfinden. Und zweitens: Nehmt das Problem ernst, stärkt das World Food Programme, seht die entwicklungspolitische Komponenten hier. Ich denke, wir müssen die Lage ernst nehmen. Das sagen auch Leute, die sich viel besser mit dem Thema auskennen, aber ich würde dazu auch neigen. Was wir hier selbst tun können? Ich glaube, kurzfristig würde ich eher auch.. Einerseits, ich glaube, wenn wir auf die Konsumseite gucken, sind das auch zwei Elemente. Das eine ist zumindest Appelle, sich anzugucken: Wie funktionieren die eigenen Konsummuster? Und ich würde tatsächlich auch dafür plädieren, wir sollten wirklich gucken: Wie passen wir unsere Sozialpolitiken entsprechend an? Weil gerade Haushalte mit einem sehr geringen Einkommen, die sind im Moment an allen Ecken von Preissteigerungen (betroffen). Stephan von Cramon hat es ja auch zurecht gerade erwähnt. Das ist schon etwas, was wir ernst nehmen müssen. Die Bundesregierung hat das angekündigt, aber ich will es noch mal unterstreichen.

Produktionsseitig, würde ich sagen: Setzt die Beimischungspflicht für Biokraftstoffe aus. Das ist keine besonders effiziente Maßnahme. Und umgekehrt würde man da zumindest bei gewissen Rohstoffen Effekt erzielen. Man könnte vielleicht Mengen substituieren, die auch für menschliche Ernährung geeignet sind. Ich glaube, perspektivisch müssen wir uns insgesamt das Thema Umbau der Tierhaltung vornehmen, nicht nur auf der Produktionsseite. Wir müssen die Landwirte dabei mitnehmen und es hängt viel auch wieder mit unserem Konsum zusammen. Das ist die eine Geschichte. Und vielleicht noch in einem philosophischen Sinn, das treibt mich eigentlich auch um – das haben wir jetzt heute überhaupt nicht angesprochen. Aber wir lernen aus unseren Krisen zu wenig. Wir lernen zu wenig, wie wir Probleme diskutieren. Wir diskutieren dann für Monate wieder irgendwelche Falschinformationen. Das hat COVID gezeigt, das hat die Flüchtlingskrise gezeigt. Und wir müssen sozusagen uns einfach besser konzentrieren. Auch: Wie lösen wir Krisen gesellschaftlich auf? Und ich glaube, auch da kann die Wissenschaft immer eine Rolle spielen, indem sie versucht, Vor- und Nachteile aufzuzeigen und zu zeigen: Es ist eben nicht schwarz und weiß, sondern es ist sehr, sehr schwierig, sind sehr schwere Aufgaben, die Politiker zu entscheiden haben und dabei sollten wir sie unterstützen und versuchen, rationale Debatten zu führen. Aber das ist jetzt sehr philosophisch. Aber ich glaube, das hat viel mit den Krisen, die wir gesellschaftlich insgesamt erleben, zu tun.

Moderatorin: (59:13)



press briefing

Dankeschön. Das ist ein schöner Gedanke und ein schöner Gedanke für den Abschluss und auch gerade relevant, weil ich denke, diese Krisen, wir sehen ja, dass sie sich gegenseitig bestärken und dass wir deswegen in Zukunft wahrscheinlich nicht weniger davon bekommen werden. Deswegen ein wichtiger Gedanke. Dankeschön. Danke auch an alle Journalisten und Journalistinnen, die jetzt trotz zehn Minuten überziehen noch dabei sind. Schön, dass sie alle da waren. Das Transkript und die Aufzeichnung finden Sie heute noch auf der Website. Falls Sie das ganz dringend brauchen, können Sie uns auch gerne an die Redaktion schreiben und dann schicken wir Ihnen vorab schon mal was zu. Okay, vielen Dank und einen schönen Tag noch. Bis bald.



press briefing

Ansprechpartnerin in der Redaktion

Iris Proff

Redakteurin für Umwelt und Klima

Telefon +49 221 8888 25-0

E-Mail redaktion@sciencemediacenter.de

Impressum

Die Science Media Center Germany gGmbH (SMC) liefert Journalisten schnellen Zugang zu Stellungnahmen und Bewertungen von Experten aus der Wissenschaft – vor allem dann, wenn neuartige, ambivalente oder umstrittene Erkenntnisse aus der Wissenschaft Schlagzeilen machen oder wissenschaftliches Wissen helfen kann, aktuelle Ereignisse einzuordnen. Die Gründung geht auf eine Initiative der Wissenschafts-Pressekongress e.V. zurück und wurde möglich durch eine Förderzusage der Klaus Tschira Stiftung gGmbH.

Nähere Informationen: www.sciencemediacenter.de

Diensteanbieter im Sinne MStV/TMG

Science Media Center Germany gGmbH
Schloss-Wolfsbrunnenweg 33
69118 Heidelberg
Amtsgericht Mannheim
HRB 335493

Redaktionssitz

Science Media Center Germany gGmbH
Rosenstr. 42-44
50678 Köln

Vertretungsberechtigter Geschäftsführer

Volker Stollorz

Verantwortlich für das redaktionelle Angebot (Webmaster) im Sinne des §18 Abs.2 MStV

Volker Stollorz

